

74  
526  
814  
313  
184  
749  
956  
898  
314  
244  
391  
705  
0 9  
000  
984

# Sächsische Volkszeitung

erschint täglich vorm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.  
Verlagspreis: Einzel. 1 M 50 J (ohne Postgeb.) für Ceter.  
Verlagspreis: Einzel. 1 M 50 J (ohne Postgeb.) für Ceter.  
Verlagspreis: Einzel. 1 M 50 J (ohne Postgeb.) für Ceter.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit

Inserate werden die Regelart. Bestelle ob. deren Raum mit 15 J.  
Inserate werden die Regelart. Bestelle ob. deren Raum mit 15 J.  
Inserate werden die Regelart. Bestelle ob. deren Raum mit 15 J.

## r. Die zurückgestohene Friedenshand.

Der Essener Katholikentag hat durch nicht weniger als vier Redner die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens der Konfessionen betont; der anwesende Kardinalerzbischof Fischer stimmte eigens dem bei, wie er schon wiederholt die Parole ausgegeben hatte. In dem Begrüßungstelegramm an den Kaiser war diese Forderung und dieser Wunsch besonders lebhaft betont worden, und der Kaiser ging in seiner Antwort sehr verständnisvoll darauf ein. Alle Kundgebungen in dieser Richtung fanden den ungeteilten Beifall der ganzen Versammlung. Die Organisation der katholischen Presse im Augustinerverein behandelte in diesen Tagen eigens die Frage, was die Presse zur Verbreitung toleranter Gesinnung beitragen könne. Auf dem ganzen Essener Katholikentage fiel kein einziges Wort, das Andersgläubige hätte verletzen können; niemand anders, als der protestantische Oberbürgermeister von Essen hat dies feierlich bestätigt. Unter solchen Umständen mußte man auf die Antwort aus dem anderen Lager doppelt gespannt sein!

Zuerst erfolgte sie von Seiten der Presse. Die konservativen Zeitungen haben in ihrer Mehrheit das Bestreben des Katholikentages um den konfessionellen Frieden anerkannt; sie haben eigens hervor, daß so viele Beteuerungen und Versicherungen sicherlich ernst zu nehmen seien, sonst müßte man ja alle Teilnehmer als Heuchler ansehen. Die liberale Presse dagegen hat mit Kerger und Verbrueh davon Kenntnis genommen, ging aber sonst auf den Punkt nicht ein. Aus den Reihen des Protestantismus kam in den ersten Septembertagen eine Antwort; in der Versammlung der evangelischen Pfarrervereine, die in Dresden tagte, ist ganz ohne der Sach gefallen, daß der Ultramontanismus schlimmer und gefährlicher sei als die Sozialdemokratie. Man forderte daher keine rühmliche Bekämpfung der Sozialdemokratie, weil hiervon unter Umständen der Katholizismus den Vorteil haben könnte. Zwei rheinländische Pastoren sprachen dies muntwunden aus. Nummer 10 lag darin noch kein vollständiges Verlangen der Friedensidee.

Nunmehr aber ist die von katholischer Seite ausgestreckte Friedenshand ungesühnt und rüchlos zurückgestoßen worden. Es blieb selbstverständlich dem Evangelischen Bunde vorbehalten, eine solche Lat auszuführen. Auf seiner Graudenger Tagung konnte er an der mächtigen Wirkung des Essener Katholikentages nicht ruhig vorbeiziehen. Es wurde erörtert, ob man die angebotene Friedenshand annehmen soll. Einige Redner forderten die Weiterführung des Kampfes gegen Rom und schließlich kam die von uns gestern gemeldete förmliche Resolution zur Annahme, deren Wortlaut hier folgen möge:

„Der Essener Katholikentag hat die Lösung ausgegeben: Zusammenbruch der Gott- und Christusgläubigen aller Konfessionen zum Kampfe wider den Unglauben und Unsturz. Demgegenüber geben wir zur 19. Tagung des Evangelischen Bundes versammelten Protestanten folgende Erklärung ab: Mit den Christen aller Kirchen und Konfessionen, die in dem Herrn Christus allein das Heil sehen, fühlen wir uns im Geiste ein. Jene Essener Lösung ist indessen nur eine Wiederholung der seit Gründung der konfessionellen Zentrumspartei stets von ihr erlassenen Aufforderung zum politischen Zusammenbruch der „gläubigen Christen“. Dieses Ansuchen weisen wir als verhängnisvoll für unser Vaterland und unsere evangelische Kirche zurück. Wir erachten es vielmehr als Gewissenspflicht, unsere evangelischen Volksgenossen und insbesondere die von jener Seite als „gläubig“ angesprochenen Kreise vor einem Eingehen auf das angebotene Bündnis zu warnen. Denn bei

aller Anerkennung der Ehrlichkeit, mit der viele fromme Katholiken meinen, uns auf diese Weise die Hand zu bieten, können wir doch in jener Tendenz des Katholikentages nichts anderes erkennen als den geschickten Versuch, die Macht der römischen Interessen in erster Linie vertretenden Zentrumspartei zu stärken und „jene Freiheit der Kirche“ erobert zu halten, die unvereinbar ist mit den Grundlagen des souveränen nationalen Staates und eine beständige Bedrohung des konfessionellen Friedens bedeutet. Unsere evangelische Lösung dagegen ist: Freie Entfaltung der Lebenskräfte der Reformation, welche sich von jeher als volks- und staatsdienlich erwiesen haben; Zusammenarbeiten mit allen Schaffensfreudigen, welche dem Vaterlande dienen wollen, auf allen Gebieten der christlichen Geistes- und Volkswohlthat. Aber kein Bündnis mit dem Zentrum und keinerlei politische Unterstützung dieser parlamentarischen Interessengruppe der römischen Kirche. Denn die römische Kirche ist kein Bollwerk gegen Revolution und Unsturz, und noch jeder politische Verbündete des Ultramontanismus war schließlich der Verräter.“

Der Inhalt dieser langatmigen Resolution ist ein volles und rundes Abklopfen; der Evangelische Bund warnt sogar förmlich vor einem Zusammenarbeiten mit der Mehrheit der deutschen Katholiken! Freilich greift er zu einem ganz verzweifelten Mittelchen, um seine Unfriedfertigkeit in ein schadenfreudiges Gewand zu hüllen und sich nach außen nicht zu sehr ins Unrecht zu setzen; er verdrückt die ganze Sache auf das parteipolitische Gebiet und spricht von einem Zusammengehen mit dem „Zentrum“. Demgegenüber erörtert die geschichtliche Wahrheit die Feststellung, daß der Ruf nach einem Zusammengehen nicht vom „Zentrum“ ausging, daß auf dem Katholikentage von einem Zusammengehen auf politischem Gebiete gar nicht gesprochen worden ist. Es ist in der Resolution auch viel von „Ultramontanismus“ die Rede, um zu täuschen; selbstverständlich handelt es sich hier stets um den Katholizismus. Solche Verwickelungen und Wadinationen werden die Tatsache nicht verhüllen, daß man auf dieser Seite eben ein Zusammenarbeiten mit den deutschen Katholiken nicht wünscht. Der Evangelische Bund hat sich mehr als je wieder als eine Kampfesorganisation gegen die Katholiken gezeigt, er hat wieder bewiesen, daß er der Spitzhut ist, wie ihn König Albert genannt hat; er müßte ja, sofern der Essener Wunsch erfüllt war, „abströmen“ und das will er nicht!

Der Evangelische Bund hat die Antwort sehr verknüpft, welche der Kaiser auf die Kundgebungsbeide sandte. Während er in dem Telegramm an den Katholikentag in Essen keine aufrichtige Freude über die Verbindung zum Ausdruck brachte, daß die Generalversammlung der „Versöhnung der Konfessionen und sozialen Gegenstände zu dienen bestrebt sein werde“, und seinen „würdevollen Ton“ persönlich anspricht, läßt er sich in der Antwort an den Evangelischen Bund nur „bestens befehlen“. Aber was es denn möglich, daß der Kaiser an die Graudenger Bundesversammlung anders telegraphierte? Oder hatte man sich etwa in der Hoffnung gewiegt, der Kaiser werde seine Freude darüber aussprechen, daß der Bund die in Essen ausgestreckte Friedenshand zu entriest? Grundsätzlich?

Zwei protestantische Organisations haben somit bereits die Friedenshand zurückgestoßen; erst die Pfarrervereine und dann die erweiterten Pfarrervereine im Evangelischen Bunde. Demgegenüber kommt es nicht allzu sehr in Betracht, daß jüngst auf der Gustav-Adolf-Vereinsversammlung freundlichere Worte gefallen sind.

Wir wollen jedoch keineswegs annehmen, daß damit eine Gesamtantwort des Protestantismus vorliege; mit

einer solchen hätten wir erst zu rechnen, wenn der deutsche Evangelische Kirchenrat sich ebenso ablehnend verhalten wolle. Man wird deshalb noch abwarten müssen, was dieser auf seiner nächsten Sitzung beschließt. Hier werden dann die Vertretungen aller deutschen protestantischen Landeskirchen.

Es gibt auf protestantischer Seite einige wenige Leute, die sich gegen den Beschluß von Graudenz wehren. So meint die „Deutsche Tageszeitung“, daß der Evangelische Bund gut daran getan haben würde, wenn er die in Essen gebotene Hand nicht so scharf zurückgestoßen hätte, wie es in Graudenz geschehen ist. Man werde nichts dagegen haben können, daß der Evangelische Bund seine Anhänger zu weiterer Wachsamkeit mahnte; das sei seine Pflicht. Aber daß er diese Mahnung so begründete, wie es in Graudenz geschehen sei, das bedauert das Blatt vom Standpunkte der evangelischen Kirche aus. Wohin solle es führen, wenn in den konfessionellen Kämpfen die Aufrichtigkeit begünstigt werde, und den Angehörigen des anderen Bekenntnisses Begründungen untergeschoben würden, für deren tatsächliches Vorhandensein jeder Beweis fehlt? Wir haben uns der verständlichen Stimmung, die dem Essener Katholikentage das Gebräuge ausdrückte, aufrichtig gefreut, weil wir es angesichts der bevorstehenden Kämpfe für unbedingt notwendig halten, daß die beiden großen christlichen Kirchen sich verstehen und dulden lernen. Solches Verständnis und solche Zudringlichkeit sollte doch nicht schwer sein, wenn man erwägt, daß das, was beide Bekenntnisse eint, viel wichtiger ist, als das, was sie trennt. Der überzeugte evangelische Christ, der fest in seinem Bekenntnisse wurzelt, hat mit dem gläubigen Katholiken viel mehr Verührungspunkte, als mit dem modernen Unglauben, der sich vielfach in den Mantel des Protestantismus zu hüllen liebt. Das Blatt spricht noch ganz unumwunden sein Bedauern ob dieses Beschlusses aus. Freilich ist diese Stimme noch ganz vereinzelt; hoffentlich bleibt sie es nicht.

Wie aber muß die Wirkung auf die deutschen Katholiken sein? Daß sie die Graudenger Resolution wie einen Faustschlag ins Gesicht empfinden, ist klar. Sie sind ja vom Evangelischen Bunde nie verhöflicht worden; die scharfen Töne dieser Organisation ist man seit Jahren gewöhnt. Aber die Graudenger Resolution geht doch „übers Bohnenlied“. Nicht so sehr die krasse Ablehnung ist es, die uns schmerzt, als vielmehr die Art der Begründung. Man stellt die deutschen Katholiken als eine Sorte von Heuchlern hin, denen es nicht ernst ist mit ihrem Anerkennen, die nur den Andersgläubigen Schaden zufügen wollen. Eine solche Antwort ist tief bedauerlich. Sie wird aber auch in der Geschichte eifersüchtig beurteilt werden.

Was sollen nunmehr die Katholiken tun? Sollen sie nun auch in die Kampfesreiben abströmen und ein verstärkter konfessioneller Streit ihre Antwort sein? Mit nichten. Wir sind davon überzeugt, daß unserem deutschen Volke der konfessionelle Friede mehr als je nottut; wir müssen jetzt mit verdoppeltem Eifer daran arbeiten, um diese Ansicht auch in anderen Kreisen zur herrschenden zu machen! Ein solcher Sieg ist der edelste und schönste, der über den Evangelischen Bund errungen werden kann. Sammeln wir jetzt erst recht feurige Kohlen auf dessen Haube; sie mögen ihm so lange brennen, bis seine Anhänger das Unschöne in der Kundgebungsbeide ihrer Bundesführer einsehen. Unsere grundsätzliche Aufschauung von der Notwendigkeit des Zusammenarbeitens der Konfessionen wird durch Beschüsse, wie die in Graudenz, nicht geworfen, wohl aber bleibt diese Manifestation ein trauriges Blatt in der Geschichte des Evangelischen Bundes.

## Der Sachsenkurfürst des 30jähr. Krieges.

(Zum 20. Februartage Johann Georg I. von Sachsen.)  
1606 — 8. Oktober — 1706.

Von Philipp Bauer.  
(Fortsetzung.)

Gustav Adolf hatte bei den bedeutenderen deutschen protestantischen Fürsten bisher kein Glück; keiner wollte sich ihm anschließen, ebaldig er ihnen den Raub der katholischen Kirchen ausstatter in Aussicht stellte. So gelang er in großen Geldmangel. Er wandte sich an den größten Erzfeind Deutschlands, an Frankreich, und fand dort ein bereitwilliges Gehör. Am 23. Juni 1631 kam der schwedische Vertrag zu Stande, der Gustav Adolf den Vorber von der Stirn reißt, mit dem ihm der Protestantismus gern schändlich möchte. Frankreich verbrach dem König die jährliche Zahlung von einer Million Livres bis zum 1. März 1636. Dafür verbrach Gustav Adolf, in allen Orten, die er eroberte, die Ausübung der katholischen Religion, wo er sie antrifft, nirgends abzuändern; mit der katholischen Liga sollte er Frieden halten, sofern sie ein Gleiches tut. Für die bisherigen Kriegsauslagen erhielt Schweden sofort 300 000 Livres.

Gustav Adolf war also ein Werkzeug Frankreichs geworden, um dessen politische Pläne durchsetzen zu helfen. Er, der stets als begeisteter Helfer des Lutheriums gepriesen wird, versprach, die Katholiken zu schützen! In Schweden verfolgte er sie aus Politik, in Deutschland schützte er sie aus Politik! Schweden und Frankreich handelten aus Eigenmuth. Gustav Adolf wollte den Krieg gern zum Religionskrieg stampeln und als Retter der bedrängten Religion auftreten, um seine egoistischen Feldzugspläne zu be-

müßeln. Frankreichs gebrauchte den Vorwand, daß er die deutsche Freiheit retten und die deutschen Kirchen schützen wolle. Wer hatte die beiden Mächte als Retter ins Land gerufen?

Zwischenwägen bahnten sich in Leipzig widrige Verhandlungen an, die den ganzen Krieg eine andere Wendung geben und Deutschland vor namenlosem Elend hätten bewahren können. Am 6. Februar 1631 wurde ein Abkommen dorthin einkaufend. Man wollte besonders auf Betreiben des brandenburgischen Ministers Grafen Schwabenberg eine 3. Partei, die der bewaffneten Neutralität, bilden, die dem Kaiser wie den Schweden Gesetze vorschreiben und den Streit wieder herstellen konnte. Diese sollte das Schicksal Deutschlands in der Hand haben. Wenn sie sich auf die Seite des Kaisers schlug, so konnte sie den Schweden verjagen; wenn sie sich zum Schweden schlug, so hatte der Kaiser in Wien sich zu fürchten; beiden konnten sie also Bedingungen vorschreiben. Allein die ganze bewaffnete Neutralität verließ im Laufe bloß durch die Schuld Johann Georgs, der kein Harer, kein willensstarker Mann war, wohl aber ein gewaltiger Nimrod und wackerer Trinker. Beim vollen Beher überbrachte der Mund des Kurfürsten von süssen Plänen, sonst war er Heilsamt. Es wurde also die Sache auf die lange Bank geschoben. Hierin trug der Vertraute des Kurfürsten, Arnim, bei. Dieser war auch der Vertraute Wallensteins und in dessen Interesse lag es, daß des Kaisers Rats erwidert wurde, damit dieser ihn wieder zum Generalissimus mache. Auch Gustav Adolf hatte Unterhändler bei der Versammlung. So löste sie sich am 13. April ziemlich reinkaltlos verließ. Sätze der Kurfürst vom Kaiser die Zusicherung der Bistümer Münster, Meriburg, Naumburg und Magdeburg erlangt, so wäre er sicher

auf die Seite der Liga getreten! Vielleicht hätte er den Leipziger Konvent nur als Schiedsmittel gebraucht, um den Kaiser zu dieser Entscheidung zu bewegen. Es gelang nicht, und der Krieg begann von neuem.

Zwischen hatte sich in Magdeburg eine Unmützung der politischen Verhältnisse vollzogen. Es hatte die Partei der Schweden überhand bekommen, getrieben durch das Vorgehen des schwedischen Obersten Falkenberg, daß Brandenburg und Sachsen sich den Schweden angeschlossen hätten und andere Fürsten bereits im Bunde seien, daß es sich bloß um die Religion handelte und daß Gustav Adolf die Stadt mit Geld und Mannschaft unterstützen wolle. Lilly und Rappenheim schritten zur Belagerung der Stadt, um den Schweden dorthin zu ziehen. Tod der König blieb in Brandenburg, und schickte nicht einen Soldaten zum Entsatz der bedrängten Stadt. Pinnen zwei Tagen konnte er vor Magdeburg stehen, doch es war ihm nicht ernst mit dessen Entsat. Dafür suchte er Johann Georg und den Kurfürsten von Brandenburg mit Hinweis auf die Gefahr, in der Magdeburg stand, zu gewinnen. Kuriositäten aber entschloß sich mit seinen Pflichten gegen Kaiser und Reich. So vollzog sich denn das Schicksal Magdeburgs. Rappenheim nahm es am 20. Mai ein und die schwedischen Verbündeten in der Stadt hielten es an allen Ecken und Enden in Brand, so daß den Kaiserlichen nur ein Trümmerhaufen in die Hände fiel. Alles, was Lilly vorgeworfen wird, daß er die Plünderungen und Grausamkeiten den Soldaten erlaubt habe, ist Lüge und Legende. Die unparteiische Geschichte hat endlich der Wahrheit eine Gasse geschaffen und die Ehre Lillys gerettet.

Nach dem Fall Magdeburgs suchte der Kurfürst den Frieden zwischen dem Schwedenkönig und dem Kaiser noch-